

ZBB 2017, 259

ZPO § 256 Abs. 1; BGB § 495 Abs. 1, § 355 a. F.

Zur Zulässigkeit einer negativen Feststellungsklage des Verbrauchers nach Widerruf des Darlehensvertrags

BGH, Urt. v. 16.05.2017 – XI ZR 586/15 (OLG Stuttgart), ZIP 2017, 1264 = BB 2017, 1154 =
ECLI:DE:BGH:2017:160517UXIZR586.15.0 = WM 2017, 1258

Amtliche Leitsätze:

1. Zur Zulässigkeit einer negativen Feststellungsklage des Verbrauchers nach Widerruf seiner auf Abschluss eines Verbraucherdarlehensvertrags gerichteten Willenserklärung.

2. Mittels der Wendung:

„Der Lauf der Frist für den Widerruf beginnt einen Tag nachdem Ihnen ein Exemplar dieser Widerrufsbelehrung, die Vertragsurkunde, der schriftliche Vertragsantrag oder eine Abschrift der Vertragsurkunde oder des Vertragsantrags zur Verfügung gestellt wurden, aber nicht vor dem Tag des Vertragsschlusses“

unterrichtet der Darlehensgeber den Darlehensnehmer eines Verbraucherdarlehens, das nicht aufgrund eines im Wege des Fernabsatzes geschlossenen Vertrags gewährt wird, unzureichend deutlich über die Voraussetzungen für das Anlaufen der Widerrufsfrist.